



Liebe Leser,
im Blauen Rundbrief der Woche informieren wir Sie fortlaufend über die aktuellen Presse- und sonstigen Mitteilungen der Alternative für Deutschland, Sachsen und aus Ihrem Kreisverband.

Inhaltsverzeichnis

Aktuelles aus dem Kreisverband Bautzen	5
Aufruf zur Wahlbeobachtung am 26.9.2021 - Bitte seien Sie mit und für uns wachsam!.....	5
Was die AfD wirklich will. Folge 1	5
Was die AfD wirklich will. Folge 2	5
PRESSEMITTEILUNGEN der Landtagsabgeordneten aus dem Kreis Bautzen	6
Bürokratieabbau für Kommunen wird abgelehnt.....	6
Termine – Kreisverband Bautzen.....	7
Hilse aktuell - Bericht aus dem Bundestag	8
Anzeige wegen Volksverhetzung.....	8
Karsten Hilse AfD persönlich - „Ich bin jemand, der geeignet ist, die Interessen des Volkes zu vertreten!“	8
Jetzt AfD-Mitglied werden!.....	9
Webseite Karsten Hilse, MdB	9
Neues von der AfD Sachsen und der Fraktion im Sächsischen Landtag	10
Vorsicht, Post aus Sachsen! Die Sonntagskolumne von Jörg Urban vom 12.9.2021	10
PRESSEMITTEILUNGEN vom 13.9.2021	12
AfD-Anfrage: Kunstsammlungen benennen 143 Kunstwerke politisch korrekt um	12
Regierung macht gemeinsame Sache mit dubioser „Umwelthilfe“!	12
Clankriminalität systematisch erfassen und wirkungsvoll bekämpfen!	13
PRESSEMITTEILUNGEN vom 14.9.2021	14
Eilantrag bei Gericht: Diskriminierung von Ungeimpften ist verfassungswidrig!	14
Kaum noch Kernforschung: Regierung muss Irrweg beenden und Blackout vermeiden	15
PRESSEMITTEILUNGEN vom 15.9.2021	15
Lohnfortzahlung auch bei Quarantäne!.....	15
Herr Kretschmer, stoppen Sie die Sprachpolizei!	16



PRESSEMITTEILUNGEN vom 16.9.2021	17
Falsche Asyl-Politik: Ausländeranteil bei Hartz-IV hat sich verdreifacht!	17
Neues von der Alternative für Deutschland	18
PRESSEMITTEILUNGEN vom Wochenende 11.9./12.9.2021	18
PCR-Testpflicht macht Teilhabe am öffentlichen Leben zum Luxusgut	18
PRESSEMITTEILUNGEN vom 13.9.2021	18
Islamistenskandal beim WDR.....	18
Olaf Scholz ist ein Wolf im Schafspelz.....	19
PRESSEMITTEILUNGEN vom 14.9.2021	19
Maas: Erst wollte er Afghanistan keinen Cent geben, jetzt 100 Millionen Euro!	19
Nie wieder Lockdown!	20
Terror-Verharmlosung: WDR deckt islamistische Moderatorin!.....	20
PRESSEMITTEILUNGEN vom 15.9.2021	21
Grußwort des Bundesvorstands zum „Marsch für das Leben“ 2021	21
PRESSEMITTEILUNGEN vom 16.9.2021	22
Absurde Anbiederung: FDP fordert jährlich 500.000 Zuwanderer! AfD bleibt am 26. September - einzige Alternative!.....	22
AfD vertritt die Interessen der Arbeiter besser als die IG Metall.....	23
Neues von der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag	24
PRESSEMITTEILUNGEN vom 13.9.2021	24
Gauck ist leider nur noch ein Hetzer und Spalter.....	24
Kohle wichtigster Energieträger – Bundesregierung sägt Ast ab	24
PRESSEMITTEILUNGEN vom 14.9.2021	25
Söder, lass unsere Kinder in Ruhe!	25
Den Westbalkan in die EU aufzunehmen, wäre der ultimative Beweis für das Scheitern der EU	25
Aufweichung des EU- Stabilitätspakts wird die Währungsunion zerstören.....	26
Endlich schließen sich andere Abgeordnete der Israel-Politik der AfD-Fraktion an.....	27
PRESSEMITTEILUNGEN vom 15.9.2021	27
AfD-Fraktion geht juristisch gegen Berichterstattung der Tagesschau vor	27
„2G“-Überbietungswettbewerb der Länder ist übergreifiger Aktionismus	28
Bundesregierung erhält Milliarden für Kinderimpfung	29
PRESSEMITTEILUNGEN vom 16.9.2021	29
Deutsche Zuwanderungspolitik ist staatlich organisierte Lohndrückerei	29
Möglicher Bundeswehr-Abzug aus Mali längst überfällig	30



AfD-Fraktion begrüßt Verständigung zwischen Gewerkschaft der Lokführer (GDL) und Deutscher Bahn	30
Video-Empfehlungen	31
Wahlwerbespots der Alternative für Deutschland in Funk und Fernsehen	31
Generation MUT - Eine Generation zeigt sich!	31
Großartige Rede von Björn Höcke auf der Pegida-Veranstaltung in Dresden am 13.09.2021 BTW21	31
Kanal der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag	31
Kanal der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag	31
Kanal von AfD Kompakt TV	31
Wochenendpodcast der AfD	31
AfD im EU-Parlament	31
Meldungen aus Deutschland und der Welt	32
Vermischtes aus Deutschland und der Welt	32
Mehr Diversität: Englischsprachiges Opernensemble entläßt weiße Musiker	32
Nach Islamismusvorwürfen: WDR setzt Zusammenarbeit mit Moderatorin El-Hassan aus	32
Prominente rufen zur Wahlbeeinflussung der Großeltern auf	32
Islamische Terrorwelle und Migration – keine Wahlkampfthemen	32
Informationen zum Coronavirus	32
Robert Koch-Institut: COVID-19-Dashboard	32
Johns Hopkins Universität: COVID-19-Dashboard	32
Aktuelle Belegungssituation intensivmedizinischer Bereiche der Krankenhaus-Standorte Deutschlands	32
Schweden beendet faktisch die Pandemie	32
Inzwischen 72 Fälle: immer mehr Infizierte nach 2-G-Party in Münster	32
Tote Ärzte, tote Mütter: Warum fallen so viele Menschen plötzlich tot um?	32
"Impfdruck" – ORF-Star Eva Herzig nimmt Kinder aus Schule	32
Corona-Infos für Sachsen	33
Sächsische Corona-Schutz-Verordnung	33
Corona-Schutz-Verordnungen und Informationen für den Landkreis Bautzen	33
Corona-Statistik Landkreis Bautzen	33
Bautzens Impfquote ist miserabel, aber die Corona-Inzidenz super – wie geht das?	33
FAQ Corona-Schutzmaßnahmen zum Schuljahresstart	33
Unschöne Nachrichten ... aus der Kategorie „Bereicherung“	33



ZWEI FRAUEN ERMORDET: BETRUNKENER 28-JÄHRIGER SOFORT FESTGENOMMEN	33
Vater (54) würgt, stößt und tritt 11-Jährigen auf Schulhof	33
Innenministerium sagt Aufnahme von rund 2600 Afghanen plus Familie zu	33
Getötete Jugendliche in Großröhrsdorf: Fahndung nach Täter läuft „auf Hochtouren“	33
Terror-Alarm! Wollte ER eine Synagoge sprengen?	33
Irakische Familie in Gewahrsam genommen	33
Fakten in Bildern	34
Achtung Satire!	35
Kommunalmandate im KV Bautzen	36
PRESSE-ARCHIV.....	36
SPENDENKONTO.....	36
KONTAKT:.....	36



Aktuelles aus dem Kreisverband Bautzen

Aufruf zur Wahlbeobachtung am 26.9.2021 - Bitte seien Sie mit und für uns wachsam!

Wir alle wissen, wie wichtig diese kommende Wahl und eine korrekte Auszählung der Stimmen ist und wir bitten daher um Ihre große Unterstützung.

Die Auszählung der Stimmen beginnt am 26.9.2021 um 18.00 Uhr in den einzelnen Wahllokalen. Sie können in Ihr eigenes Wahllokal gehen oder auch in jedes andere. Um einen Überblick zu bekommen, welche Wahllokale abgedeckt oder wo noch Lücken sind, bitten wir Sie, uns kurz auf diese Mail zu antworten und uns mitzuteilen, in welchem Wahllokal Sie zur Wahlbeobachtung gehen werden.

Wir haben ein Formular für Sie vorbereitet, welches Sie für die Wahlbeobachtung nutzen können und welches uns dann bei der Erfassung von eventuellen Differenzen und Unregelmäßigkeiten in den Wahllokalen unterstützen soll. Auf der Rückseite haben wir für Sie ein paar Hinweise und Informationen zum Verhalten bei der Wahlbeobachtung zusammengefasst.

Diesen Wahlbeobachtungsbogen senden Sie uns bitte ausgefüllt an folgende Kontaktadressen:
per Mail an: ines.kanzler@afdbautzen.de

per Post an: AfD-Kreisverband Bautzen, Karl-Marx-Str. 15, 02625 Bautzen

Erhältlich ist der Wahlbeobachtungsbogen in unseren Bürgerbüros, auf Infoständen und Veranstaltungen und er ist hier zum Download hinterlegt:
www.afdbautzen.de

Weiterhin bitten wir Sie, besonderes Augenmerk auch auf die Beobachtung der Briefwahlstimmenauszählung zu legen. Die Auszählung dieser Stimmen beginnt in den meisten Städten/Gemeinden bereits früher, d. h. auch die Beobachtung beginnt früher. Da das aber überall anders ist, bitten wir Sie, sich im jeweiligen Rathaus zu erkundigen oder bei uns nachzufragen.

Bitte unterstützen Sie uns bei der Beobachtung der Stimmauszählung, geben Sie diese Informationen weiter und ermutigen auch Freunde und Bekannte, von Ihrem Bürgerrecht auf Wahlbeobachtung Gebrauch zu machen!

Für Rückfragen stehen wir Ihnen jederzeit gern zur Verfügung.

Was die AfD wirklich will. Folge 1

<https://www.youtube.com/watch?v=g84Yjm8qBr0>

Was die AfD wirklich will. Folge 2

https://www.youtube.com/watch?v=9gyY-K4_avY



PRESSEMITTEILUNGEN der Landtagsabgeordneten aus dem Kreis Bautzen

Bürokratieabbau für Kommunen wird abgelehnt

Die staatlichen Corona-Maßnahmen haben in den letzten beiden Jahren zu einem Milliarden-Umsatzeinbruch beim stationären Handel geführt. Großer Gewinner ist der Onlinehandel. Verlierer ist der stationäre Einzelhandel in unseren Innenstädten.

Um dem Handel größere wirtschaftliche Freiheiten zu ermöglichen, stellte die AfD einen Antrag zur Entbürokratisierung und Modernisierung des Sächsischen Ladenöffnungsgesetzes (Drs. 7/6832). https://edas.landtag.sachsen.de/viewer.aspx?dok_nr=6832&dok_art=Drs&leg_per=7&pos_dok=1&dok_id=undefined

Dazu erklärte der wirtschaftspolitische Sprecher Frank Peschel:

„Die Bürokratie ist wie eine Krake, die dem Handel die „Luft zum Atmen“ nimmt. Der Handel leidet massiv unter den Corona-Maßnahmen, wohlwissend er nachweislich kein Pandemietreiber war.

Viele Geschäfte haben in den letzten Wochen geschlossen und den Umsatzeinbruch nicht überlebt. Dahinter stehen oftmals viele persönliche Schicksale von Einzelunternehmern.

Daher müssen wir neue Rahmenbedingungen für den Handel erarbeiten, damit Arbeitsplätze erhalten bleiben, Kommunen und Gewerbetreibende Planungssicherheit haben. Im Antrag geht es nicht um ein Mehr an verkaufsoffenen Sonntagen, sondern darum, das Sächsische Ladenöffnungsgesetz den aktuellen Gegebenheiten anzupassen und die Beantragung von verkaufsoffenen Sonntagen zu entbürokratisieren.

Das heißt, die strenge Anforderung des § 8 Sächsisches Ladenöffnungsgesetz – nämlich den besonderen Anlass durch ein -Öffentliches Interesse- zu ersetzen.

Ziel ist es, den Gemeinden ein rechtssicheres Agieren zu ermöglichen, den stationären Einzelhandel zu stärken und gleichzeitig den Sonntagsschutz zu gewährleisten.

Wie üblich, wurde der AfD-Sachantrag im Wirtschaftsausschuss abgelehnt“.

Frank Peschel, MdL
16.9.2021



Termine – Kreisverband Bautzen

Mo	20.09.21	19.00 Uhr	Alleerestaurant Bautzener Allee 1B 02977 Hoyerswerda	Bürgerabend - Karsten Hilse - Programm - Was wäre wenn?
Di	21.09.21	10.00-13.00 Uhr	Reichenstraße Bautzen auf dem Stern (bei dm)	INFOSTAND AfD Kreisverband Bautzen und Karsten Hilse, MdB
Di	21.09.21	19.00 Uhr	Deutsch-Sorbisches Volkstheater Bautzen Seminarstraße 12 02625 Bautzen	2. WAHLFORUM der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung mit den Direktkandidaten der Parteien zur Bundestagswahl 2021
Do	23.09.21	9.00-12.00 Uhr	Markt Kamenz 01917 Kamenz	INFOSTAND AfD Kreisverband Bautzen und Karsten Hilse, MdB
Do	23.09.21	19.00 Uhr	Stadttheater Kamenz Pulsnitzer Str. 11 01917 Kamenz	WAHLFORUM mit den Direktkandidaten der Parteien Veranstalter: Verein für politische Bildung Kamenz
Sa	25.09.21	10.00-13.00 Uhr	Reichenstraße Bautzen auf dem Stern (bei dm)	INFOSTAND AfD Kreisverband Bautzen und Karsten Hilse, MdB

Alle Termine finden Sie unter: <http://www.afdbautzen.de/veranstaltungshinweise/>



Hilse aktuell - Bericht aus dem Bundestag

Anzeige wegen Volksverhetzung

Der im Wahlkreis Bautzen 1 direkt gewählte Bundestagsabgeordnete Karsten Hilse äußert sich wie folgt:

Ich habe heute gegen den Ministerpräsidenten Kretschmer und alle an der Verabschiedung der 2 G-Regel beteiligten Mitglieder der sächsischen Staatsregierung Anzeige wegen Volksverhetzung gemäß § 130 StGB erstattet.

Die von der Staatsregierung beschlossene 2 G-Regel fordert Betreiber von Restaurants, Kinos, Theater und weitere dazu auf, Willkürmaßnahmen gegen einen Teil der Bevölkerung zu ergreifen, um sie aus dem gesellschaftlichen Leben auszuschließen und stört damit den öffentlichen Frieden in erheblichem Maße. Teil der Bevölkerung sind hier alle Menschen, die sich, aus welchem Grund auch immer, nicht mit einem Mittel, dessen Nebenwirkungen nicht vollständig und Langzeitfolgen gar nicht bekannt sind, impfen lassen wollen oder können.

Damit erfüllt dies nach meinem Rechtsverständnis den Tatbestand des Paragraphen 130 StGB, in dem es heißt (gekürzt):

Wer in einer Weise, die geeignet ist, den öffentlichen Frieden zu stören,

1. ... gegen Teile der Bevölkerung oder gegen einen Einzelnen wegen seiner Zugehörigkeit ... zu einem Teil der Bevölkerung ... zu ... oder Willkürmaßnahmen auffordert oder

...

wird mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren bestraft.

Die Regierungen in Bund und Land haben das Land tief gespalten. Sie bringen die Befürworter und die Gegner der absurden und durch nichts begründbaren Corona-Zwangmaßnahmen gegeneinander auf und haben Teile der freiheitlich demokratischen Grundordnung faktisch außer Kraft gesetzt. Wir fordern die sofortige Beendigung aller Corona-Zwangmaßnahmen, um den öffentlichen Frieden zu schützen.

Karsten Hilse, MdB
17.9.2021

Karsten Hilse | AfD persönlich - „Ich bin jemand, der geeignet ist, die Interessen des Volkes zu vertreten!“

<https://www.facebook.com/alternativefuerde/videos/514154976428226>



Jetzt AfD-Mitglied werden!

Es ist gut möglich, dass das Jahr 2021 zu einem Jahr der folgenschweren politischen Richtungs-Entscheidungen werden könnte – neben der Bundestagswahl im Herbst stehen zahlreiche Landtagswahlen in den Bundesländern an. Auf Bundesebene droht erstmals eine Regierungs-Vermählung der ohnehin vergrüneten Merkel-CDU mit den Grünen. Dieses Szenario wollen wir unbedingt verhindern – und vor allem für eine noch stärkere AfD im Bundestag sorgen! Hier ist Ihre Gelegenheit, uns dabei zu unterstützen und Teil einer großartigen Gemeinschaft zu werden!

Acht Jahre nach ihrer Gründung am 6. Februar 2013 ist die AfD mit rund 32.000 Mitgliedern bereits eine große Familie, die für eine grundlegende politische Erneuerung eintritt. Doch diese Familie könnte noch größer sein! Jedes einzelne Mitglied ist von großem Nutzen, denn im Vergleich zu den alten Ex-Volksparteien haben wir bei den Mitgliederzahlen immer noch eine große Wachstumsphase vor uns. Und falls Sie sich noch nicht endgültig für einen Beitritt entscheiden möchten: Schauen Sie doch einmal bei einer AfD-Veranstaltung in Ihrem Umkreis vorbei und machen Sie sich selbst ein Bild! Oder noch besser: Füllen Sie hier gleich Ihren Mitgliedsantrag aus und leisten Sie damit Ihren Beitrag dazu, dass Deutschland eine freie, rechtsstaatliche und lebenswerte Zukunft haben wird: www.jetztafd.de



Webseite Karsten Hilse, MdB

Die Internetseite unseres Bundestagsabgeordneten Karsten Hilse ist online.

Unter www.karstenhilse.de können Sie sich immer über ihn und seine Arbeit informieren.



Neues von der AfD Sachsen und der Fraktion im Sächsischen Landtag

Vorsicht, Post aus Sachsen!

Die Sonntagskolumne von Jörg Urban vom 12.9.2021

Liebe Freunde, liebe Leser,

während viele öffentliche Debatten immer infantiler werden, nimmt die Sorgsamkeit, mit der wir als Gesellschaft mit unseren Kindern umgehen, in erschreckender Weise ab.

Seit Jahrzehnten ist es leider ein ehernes Gesetz, dass vor wichtigen Wahlen die Familienpolitik stiefmütterlich mit ein paar halbherzigen Floskeln abgetan wird. Indes gilt spätestens seit dem Greta-Phänomen: „Kinder werden wie Staatsmänner behandelt, (und) Staatsmänner verhalten sich wie Kindsköpfe.“ (Bernhard Lassahn)



Einzig die AfD stemmt sich gegen diese Schieflage und setzt sich ernsthaft für Kinder ein. Wir sehen dabei weiterhin die traditionelle Familie aus Vater, Mutter und mehreren Kindern als Leitbild an. Das steht ausdrücklich auch so im Grundgesetz (Artikel 6) und der Sächsischen Verfassung (Artikel 22).

Dennoch ist uns natürlich bewusst, dass gerade in den ostdeutschen Bundesländern fast jeder fünfte Haushalt in die Kategorie „alleinerziehend“ fällt. Diese Realität gilt es selbstverständlich zur Kenntnis zu nehmen.

Denn nichts wäre für Kinder schlimmer, als bei Eltern leben zu müssen, die sich nicht mehr mögen. Jeder hat das Recht auf einen Neuanfang. Insofern hoffen wir für alle Alleinerziehenden, dass sie bald wieder einen Partner fürs Leben finden. Die allermeisten Alleinerziehenden wünschen sich genau das und wollen ihren Kindern bestmögliche Bedingungen bieten.

Um dieses Ziel erreichen zu können, brauchen sie gleichermaßen wie „traditionelle Familien“ eine bessere staatliche Unterstützung. Daher gibt es bei unseren familienpolitischen Vorschlägen keinen wesentlichen Unterschied zwischen Alleinerziehenden und Verheirateten.

In den Genuss des von uns im Landtag bereits beantragten Baby-Begrüßungsgeldes in Höhe von 5.000 Euro sollen perspektivisch alle Eltern kommen. Das gilt auch für den ermäßigten



Mehrwertsteuersatz von sieben Prozent auf alle Waren und Dienstleistungen für Kinder. Ebenso profitieren alle Eltern von unserem Vorschlag, nach jeder Geburt Rentenbeiträge in Höhe von 20.000 Euro zurückerstattet zu bekommen.

Diese Idee hat übrigens vor einigen Tagen der renommierte Ökonom Daniel Stelter beinahe überschwänglich gelobt. Unser Rentensystem sollte auf dem Prinzip basieren, entweder einzuzahlen oder durch Kinder seinen Beitrag zur Zukunftsfähigkeit zu leisten, betont er.

Korrekturbedarf sehen wir ferner beim Elterngeld: Bisher wird es von Kind zu Kind weniger, weil viele Eltern nach dem ersten Kind nicht sofort wieder voll arbeiten möchten. Die Lösung für dieses Problem: Das Elterngeld für jedes Kind sollte sich in Zukunft anhand des Durchschnittslohns vor der ersten Geburt errechnen.

Aktuell wird der Lohn vor jeder einzelnen Geburt geprüft. Das bringt einen extremen bürokratischen Aufwand mit sich und schwächt gerade Alleinerziehende, da es für sie vielfach schwerer ist, Kinderbetreuung und Arbeit unter einen Hut zu bekommen.

Wer sich aus diesem Grund dafür entscheidet, länger zu Hause bleiben zu wollen, sollte indes das von uns in Sachsen ebenfalls bereits beantragte Landeserziehungsgeld in Anspruch nehmen können. Es soll abhängig vom Lohn 750 bis 1.500 Euro betragen und bis zum dritten Lebensjahr gelten. Die gegenwärtige Regelung sieht lediglich 150 bis 300 Euro für fünf bis zwölf Monate vor. Das ist ein Tropfen auf den heißen Stein.

Aus familienpolitischer Sicht ist es zudem bezeichnend, dass in Städten wie Chemnitz die kostenlosen Vorschuljahre im Kindergarten ganz schnell wieder gestrichen wurden. Das geschah freilich gegen den Willen der AfD. Wir wollen flächendeckend kostenlose Vorschuljahre sowie kostenloses Mittagessen in den Kitas und Grundschulen.

Ich betrachte dies als eine Vorstufe auf dem Weg zu generell kostenfreien Kindergärten, die sich ein familienfreundliches Land gerne leisten würde. Familienfreundlich kann unser Land aber erst werden, wenn wir Kinder als die wichtigste Investition in unsere Zukunft begreifen und nicht länger als finanzielle Belastung.

Diesen Bewusstseinswandel müssen wir energisch vorantreiben. Denn erst wenn wir Nachhaltigkeit in unsere Familienpolitik gebracht haben, kann sie auch in anderen Bereichen gelingen.

Bis nächsten Sonntag,
Ihr Jörg Urban

<https://www.facebook.com/joerg.urban.mdl/photos/a.922706534487911/4398483263576870/>



PRESSEMITTEILUNGEN vom 13.9.2021

AfD-Anfrage: Kunstsammlungen benennen 143 Kunstwerke politisch korrekt um

Die Staatlichen Kunstsammlungen Dresden meinen, der weltberühmte „Mohr mit der Smaragdstufe“ sei in seiner Bezeichnung rassistisch und haben ihn deshalb umbenannt. Neuerdings heißt er „**** mit der Smaragdstufe“.



Auf Nachfrage der AfD-Fraktion (7/7287) musste das CDU-Kulturministerium nun zugeben, dass bereits 143 historische Kunstwerke neue, politische korrekte Namen erhalten haben. Dabei wurden z.B. sämtliche historische Bezeichnungen als „Zigeuner“, „Eskimo“, „Eingeborener“ und „Mohammedaner“ getilgt. Sogar das Wort „dunkelhäutig“ und „afrikanisch“ fiel der Zensur zum Opfer.

Thomas Kirste, kulturpolitischer Sprecher der AfD-Fraktion, erklärt:

„Es ist mir unbegreiflich, wie hier sächsisches Kulturgut von europäischer Bedeutung verunstaltet wird. Was ist an der Bezeichnung ‚Eskimo‘ oder ‚Eingeborener‘ rassistisch oder abwertend? Noch abenteuerlicher wird es bei den Bezeichnungen ‚dunkelhäutig‘ und ‚afrikanisch‘. Diese linke Bilderstürmerei muss umgehend gestoppt werden.“

‚Das Zigeunermädchen‘ heißt jetzt nur noch ‚Mädchen‘ und verliert damit elementare Teile seiner Sinnhaftigkeit. Das Gleiche gilt, wenn aus ‚ein kniender Mohammedaner‘ ‚ein kniender Mann‘ wird – der historische Kontext wird zerstört.

Erschreckend ist, dass ein CDU-geführtes Kulturministerium diese abenteuerliche Kampagne der politischen Korrektheit duldet. Beim Juwelen-Diebstahl im Grünen Gewölbe, der erst durch schlechte Sicherheitsmaßnahmen möglich wurde, erfolgten keinerlei personelle Konsequenzen. Kampagnen gegen unser historisches Kulturgut sind CDU-Kulturministerin Barbara Klepsch offensichtlich wichtiger.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/afd-anfrage-kunstsammlungen-benennen-143-kunstwerke-politisch-korrekt-um/>

Regierung macht gemeinsame Sache mit dubioser „Umwelthilfe“!

Die Deutsche Umwelthilfe hat vor dem Bundesverfassungsgericht eine „Klimaklage“ gegen den Freistaat Sachsen eingereicht. Sachsens grüner Umweltminister Wolfram Günther bezeichnete sie als „Rückenwind“ für seine Politik. Dazu erklärt der sächsische AfD-Fraktionsvorsitzende Jörg Urban:



„Die Deutsche Umwelthilfe ist eine dubiose Lobby-Vereinigung, die in den letzten Jahren insbesondere durch juristische Feldzüge gegen den umweltfreundlichen Diesel aufgefallen ist. Finanziert wird sie von großen Unternehmen und aus öffentlichen Mitteln. Aufgrund der damit nicht gegebenen Unabhängigkeit fordern wir seit längerem, der Deutschen Umwelthilfe die Gemeinnützigkeit und das Klagerecht zu entziehen.

Mit ihrer aktuellen Klage gegen den Freistaat Sachsen will die Umwelthilfe ganz offensichtlich sowohl Bürgereinwände als auch parlamentarische Beschlüsse aushebeln. Sie spekuliert darauf, dass Gerichte den Freistaat Sachsen dazu zwingen, z.B. neue Windkraftanlagen zu bauen und empörte Anwohner dagegen dann nicht mehr vorgehen können.

Dieser Plan ist perfide und undemokratisch. Dass sich Umweltminister Wolfram Günther auch noch darüber freut, statt als Minister sächsische Interessen zu vertreten, ist bezeichnend. Er weiß anscheinend, dass es in Sachsen keine Zustimmung für Windräder im Wald und nah an Wohnhäusern gibt. Deshalb hofft er nun darauf, seine Ausbauziele mit Hilfe einiger Winkeladvokaten verwirklichen zu können. CDU-Ministerpräsident Michael Kretschmer muss das verhindern und Günther daran erinnern, dass er als Minister die Interessen des Freistaates Sachsen zu vertreten hat.

Statt Sachsen weiter mit Windkraftanlagen zu verunstalten, will die AfD-Fraktion auf moderne Kernkraftwerke als Rückgrat unserer [Energieversorgung](#) setzen.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/regierung-macht-gemeinsame-sache-mit-dubioser-umwelthilfe/>

Clankriminalität systematisch erfassen und wirkungsvoll bekämpfen!

Zum neuen Antrag ([Drs. 7/7578](#)) mit dem Titel „Clankriminalität endlich in der Polizeilichen Kriminalstatistik erfassen“ erklärt der sicherheitspolitische Sprecher der sächsischen AfD-Fraktion, [Carsten Hütter](#):

„Wie der Juwelendiebstahl im Grünen Gewölbe gezeigt hat, begehen ausländische Clans immer wieder spektakuläre Verbrechen, die für großes Entsetzen sorgen. Darüber hinaus plündern sie vielfach unbemerkt unseren Sozialstaat aus. Der MDR nannte in einem investigativen Beitrag aus dem Jahr 2020 den syrischen Hamadi-Clan als Beispiel. Er sei unter anderem im Großraum Dresden aktiv.

Die damaligen Recherchen zeigten, dass ausländische Clans bzw. Großfamilien flächendeckend Sozialleistungsbetrug begehen, indem sie z.B. die Erträge aus ihren Dönerläden verheimlichen. Nach diesen Enthüllungen stellte unsere Fraktion eine Große Anfrage ([Drs. 7/2454](#)) zu Clanstrukturen in Sachsen. Sie deckte auf, dass die CDU-geführte Regierung weder über Clankriminalität Bescheid weiß noch geeignete Maßnahmen zur effektiven Bekämpfung getroffen hat.





Aus diesem Grund beantragen wir nun die systematische Erfassung der Clankriminalität in der Polizeilichen Kriminalstatistik. Darüber hinaus fordern wir die Regierung dazu auf, ein Lagebild zur Clankriminalität durch das LKA erstellen zu lassen. Insbesondere Großfamilien aus dem arabischen Kulturkreis fallen in Sachsen mit Gewalt-, Drogen-, Sexual- und Betrugsdelikten auf. Dieses Problem lässt sich nur eindämmen, wenn wir die dahinterstehenden Strukturen zunächst verstehen lernen und danach wirkungsvoll bekämpfen.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/clankriminalitaet-systematisch-erfassen-und-wirkungsvoll-bekaempfen/>

PRESSEMITTEILUNGEN vom 14.9.2021

Eilantrag bei Gericht: Diskriminierung von Ungeimpften ist verfassungswidrig!

Um die Diskriminierung von Ungeimpften zu beenden, hat die sächsische AfD-Fraktion beim Verfassungsgerichtshof einen Eilantrag auf unverzügliche Aufhebung etlicher Testpflichten gestellt. Eine entsprechende abstrakte Normenkontrolle wurde am 10. September 2021 eingereicht.



Dazu erklärt der Fraktionsvorsitzende [Jörg Urban](#):

„Die sogenannte 3-G-Regel ist aus unserer Sicht verfassungswidrig. Wir erwarten deshalb, dass sie vom Verfassungsgerichtshof bereits innerhalb der nächsten zwei Wochen vorläufig außer Kraft gesetzt wird.

Indem sich Ungeimpfte vor dem Besuch bestimmter Einrichtungen testen lassen müssen, werden sie gegenüber Geimpften benachteiligt. Das gilt in besonderem Maße, da die Tests bald kostenpflichtig sein werden und bestimmte, ungeimpfte Arbeitnehmer einen Test nachweisen müssen, um ihrer Berufstätigkeit nachgehen zu dürfen.

Wir sehen hier den Gleichheitsgrundsatz (Art. 18 Abs. 1 SächsVerf) und die Menschenwürdegarantie verletzt. Durch die Privilegierung von vollständig Geimpften entsteht eine Zweiklassengesellschaft mit einem abgewerteten rechtlichen Status für Ungeimpfte. Das ist unzulässig.

Darüber hinaus ist erkennbar, dass CDU-Ministerpräsident Michael Kretschmer per Salami-Taktik aus der 3-G-Regel eine 2-G-Regel machen möchte. Die heute beschlossene 2-G-Option weist leider in diese Richtung. Erhalten Ungeimpfte keinen Zutritt mehr zu Restaurants, Museen oder Fußball-Stadien, herrscht de facto ein Impfwang, denn ein Ausschluss vom öffentlichen Leben ist auf lange Sicht für niemanden zu ertragen.

In einer freiheitlichen [Gesellschaft](#) darf es jedoch keinen Impfwang geben. Die Entscheidung über eine Corona-Impfung ist eine private, individuelle Abwägung. Der bereits jetzt herrschende Bekenntnisdruck ist aus diesem Grund inakzeptabel.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/eilantrag-bei-gericht-diskriminierung-von-ungeimpften-ist-verfassungswidrig/>



Kaum noch Kernforschung: Regierung muss Irrweg beenden und Blackout vermeiden

Dieses Jahr mussten Kohlekraftwerke bereits um ein Drittel stärker hochgefahren werden. Im Frühjahr wehte zu wenig Wind und Windräder konnten deshalb nicht genug Strom liefern. Dennoch hält die CDU-Regierung an ihrem Plan fest, zeitnah aus der Kohle- und [Kernenergie](#) komplett auszusteigen.

Laut AfD-Anfrage (7/7332) erhalten auch die sächsischen Hochschulen kaum noch Mittel für die Kernforschung. Aktuell sind es nur 5,1 Millionen Euro. Stattdessen pumpt die Regierung immer mehr Geld in Wind- und Sonnenenergie (7/7329).

Dr. [Rolf Weigand](#), wissenschaftspolitischer Sprecher der AfD-Fraktion, erklärt:

„Die Energiepolitik der Regierung ist mehr als gefährlich. Wenn Deutschland als weltweit einzige Nation gleichzeitig aus Kohle- und Kernkraft aussteigt, sind Stromausfälle in Sachsen vorprogrammiert. Das Desaster eines großflächigen Blackouts muss unbedingt verhindert werden.“



Deshalb hat die AfD-Fraktion die Landesregierung aufgefordert, sich stärker für die Erforschung von Kernenergie einzusetzen (7/3838). Kernenergie liefert im Gegensatz zu Wind und Sonne beständig Strom und produziert kein CO₂. Laut neuesten Forschungsansätzen können sogar die Rückstände in erheblichem Maße recycelt werden.

Wie unsere Anfragen nun zeigen, hat die Staatsregierung nicht dazu gelernt. Die AfD-Fraktion fordert CDU-Ministerpräsident Kretschmer erneut auf, seinen energiepolitischen Irrweg zu verlassen.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/kaum-noch-kernforschung-regierung-muss-irrweg-beenden-und-blackout-vermeiden/>

PRESSEMITTEILUNGEN vom 15.9.2021



Lohnfortzahlung auch bei Quarantäne!

Erste Länder haben die Lohnfortzahlung im Quarantäne-Fall für Ungeimpfte gestrichen. In Sachsen gibt es noch keine Entscheidung, da sich die Staatsregierung u.a. eine bundeseinheitliche Lösung erhofft.

[André Wendt](#), Abgeordneter der AfD-Fraktion, erklärt:

„Ich halte derartige Maßnahmen für nicht hinnehmbar. Auf Ungeimpfte soll nun auch noch ein finanzieller Druck ausgeübt werden, um sie zum Impfen zu bewegen. Das ist tatsächlich nichts anderes als ein Impfwang durch die Hintertür und das lehnen wir ab. Ich appelliere an Frau Staatsministerin



Köpping, sich für den Erhalt der Lohnfortzahlungen einzusetzen und eine Spaltung der Gesellschaft zu verhindern.

Haarsträubend ist auch die Begründung einiger Politiker für die Streichung der Lohnfortzahlung: Ungeimpfte würden unsolidarisch handeln und könnten deshalb keine Entschädigung von der Solidargemeinschaft erwarten. Diejenigen Politiker, die derartige Äußerungen von sich geben, sollten nicht vergessen, dass auch Ungeimpfte solidarisch Steuern und Abgaben zahlen und damit nicht zu Bürgern zweiter Klasse abgestempelt werden dürfen.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/lohnfortzahlung-auch-bei-quarantaene/>

Herr Kretschmer, stoppen Sie die Sprachpolizei!

Der Deutsche Museumsbund hat gegenüber dem MDR die politisch korrekte Umbenennung von 143 Werken der Staatlichen Kunstsammlungen Dresden (SKD) scharf kritisiert. Eine „Tabuisierung“ bestimmter Begriffe dürfe es in Museen nicht geben. Kritik an den Kunstsammlungen kam zudem aus Thüringen. Die von einem Künstler vergebenen Originaltitel seiner Werke fielen „fast unter das Urheberrecht“. Aufgedeckt hatte den Umbenennungsskandal die AfD-Fraktion mit einer Kleinen Anfrage ([Drs. 7/7287](#)).

[Jörg Urban](#), AfD-Fraktionsvorsitzender im Sächsischen Landtag, erklärt zu der Debatte:

„Ministerpräsident Michael Kretschmer muss diesen Skandal zur Chefsache machen und die in den Kunstsammlungen aktive Sprachpolizei sofort stoppen. Das bedeutet: Die Umbenennung aller Kunstwerke ist rückgängig zu machen. Sowohl in den Museen als auch im Online-Verzeichnis ist die korrekte Bezeichnung der Kunstwerke ohne eine nachträgliche sprachliche Verunstaltung zu verwenden.“



Die CDU-geführte Regierung kann nicht so tun, als ob sie von den Vorgängen in den Kunstsammlungen überrascht worden wäre. Die Mitarbeiter der Kunstsammlungen haben die Namensänderungen schließlich nicht in ihrer Freizeit still und heimlich durchgeführt. Vielmehr wirken im Rahmen eines steuerfinanzierten Projektes mehrere Dutzend Mitarbeiter ganz offiziell als Sprachpolizei.

Wie diese Sprachpolizei agiert hat, ist ungeheuerlich: Wer sich selbst an Begriffen wie ‚Eskimo‘, ‚Eingeborener‘ und ‚Knabe‘ stört, scheint ein ziemlich schiefes Weltbild zu haben.

Bereits nach dem Juweliendiebstahl im Grünen Gewölbe hätte es personelle Konsequenzen in den Kunstsammlungen geben müssen. Nun hat man das Fass endgültig zum Überlaufen gebracht. Ministerpräsident Kretschmer und CDU-Kulturministerin Barbara Klepsch müssen deshalb nach dem erneuten Skandal endlich tätig werden.

Das ist gewissermaßen die entscheidende Nagelprobe für Michael Kretschmer: Trägt er die linke ‚Cancel Culture‘ mit oder will er unsere Kultur schützen?“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/herr-kretschmer-stoppen-sie-die-sprachpolizei/>



PRESSEMITTEILUNGEN vom 16.9.2021

Falsche Asyl-Politik: Ausländeranteil bei Hartz-IV hat sich verdreifacht!

Der Ausländeranteil der Hartz-IV-Bezieher in Leipzig ist innerhalb der letzten sieben Jahre von elf auf 30 Prozent gestiegen. Die größte Gruppe davon sind 9.623 Asylbewerber, ergab die AfD-Anfrage (7/7387). Insgesamt leben in Leipzig aktuell zehn Prozent Ausländer.

„Diese erschreckenden Zahlen zeigen, dass die Asyl- und Einwanderungspolitik katastrophal falsch läuft“, kritisiert der Leipziger AfD-Abgeordnete, [Alexander Wiesner](#). „Angeblich wurden uns ‚Menschen geschenkt‘, die den Fachkräftemangel beheben und unsere Renten erarbeiten. Nun müssen wir erneut feststellen: Die Einwanderung findet vor allem in die Sozialsysteme statt und ist eine Belastung.“

Entscheidend hat die CDU zu dieser fatalen Entwicklung beigetragen. Sie hat nicht nur die Grenzen für [Wirtschaftsmigranten](#) geöffnet, sondern schiebt zudem abgelehnte Asylbewerber so gut wie nie ab. Ausreisepflichtige werden sogar weiter mit kostenloser Wohnung und Hartz-IV versorgt. Natürlich tritt so niemand freiwillig die Heimreise an und das Heer der Transfer-Empfänger wächst weiter an.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/falsche-asyl-politik-auslaenderanteil-bei-hartz-iv-hat-sich-verdreifacht/>



Neues von der Alternative für Deutschland

PRESSEMITTEILUNGEN vom Wochenende 11.9./12.9.2021

PCR-Testpflicht macht Teilhabe am öffentlichen Leben zum Luxusgut

Berlin, 11. September 2021. Hessens Ministerpräsident Volker Bouffier hat sich dafür ausgesprochen, dass Ungeimpfte künftig nur mit negativem PCR- statt Schnelltest am öffentlichen Leben teilnehmen dürfen.

Dazu erklärt Alice Weidel, stellvertretende Bundessprecherin und Spitzenkandidatin für die Bundestagswahl:

„PCR-Tests werden um ein Vielfaches teurer sein als Schnelltests, Schätzungen reichen bis zu 120 Euro. Ihr Ergebnis liegt erst nach einem oder zwei Tagen vor. Für nicht geimpfte, gesunde Bürger wird die grundrechtlich verbrieftete Teilhabe am öffentlichen Leben zum Luxusgut und zum Gegenstand minutiöser Planung. Ob 2G-Regel oder PCR-Testpflicht, die Regierungen der Länder überbieten sich derzeit in einem Wettbewerb des Sadismus. Das Ergebnis lautet immer Lockdown für Ungeimpfte. Wir werden alles in unserer Macht Stehende tun, um die Freiheit für alle Bürger zu erkämpfen.“

<https://www.afd.de/alice-weidel-pcr-testpflicht-macht-teilhabe-am-oeffentlichen-leben-zum-luxusgut/>

PRESSEMITTEILUNGEN vom 13.9.2021

Islamistenskandal beim WDR

Unsere Zwangsgebühren sind nicht für radikale Moslems da!

Erneut kommt der öffentlich-rechtliche Rundfunk in Bedrängnis: die Ärztin Nemi El-Hassan soll zukünftig das WDR-Wissenschaftsmagazin „Quarks“ moderieren. Bis vor ein paar Jahren machte sich die Journalistin jedoch mit Israel-Hassern gemein und relativierte islamische Gewalt. So soll sie herausgestellt haben, was sie unter dem Begriff des Dschihad verstehe und sagte, „mein Dschihad“ bedeute „freundlich sein“, „arbeiten“ und „geduldig sein“.

Stephan Brandner, stellvertretender Bundessprecher ist es leid, radikale Moslems aus Rundfunkgebühren zu finanzieren: „El-Hassan hat im Jahr 2014 an dem Berliner Al-Kuds-Marsch teilgenommen. Dabei handelt es sich um eine antisemitische Hetz-Veranstaltung, auf der Kippa tragende Juden angegriffen und die Vernichtung Israels gefordert wird.“

Eine Person mit derartigen Ansichten hat im Fernsehen, zumal finanziert von Zwangsgebühren, nichts zu suchen. Einmal mehr liefert der WDR Argumente dafür, [weshalb der Zwangsfunk](#)



abgeschafft gehört. Dafür kämpfe ich.“

<https://www.afd.de/stephan-brandner-islamistenskandal-beim-wdr/>

Olaf Scholz ist ein Wolf im Schafspelz

Olaf Scholz hat sich im Gespräch mit der ‚Welt am Sonntag‘ dafür ausgesprochen, Beschlüsse zur Finanz-, Außen- und Migrationspolitik in der Europäischen Union mit qualifizierter Mehrheit statt einstimmig zu fällen. Beim Treffen der EU-Finanzminister hatte er zuvor eine klare Positionierung dazu vermieden, wie mit den ausgesetzten EU-Schuldenregeln künftig umzugehen sei.

Dazu erklärt Alice Weidel, stellvertretende Bundessprecherin und Spitzenkandidatin für die Bundestagswahl:

„Olaf Scholz ist ein Wolf im Schafspelz. Sein Wahlkampf-Image verspricht Solidität und Seriosität. In Wirklichkeit steht Scholz für eine weitere Aufweichung unserer nationalen Souveränität und für den Weg in die Transfer- und Schuldenunion. Die Stabilitätsregeln haben ihren Praxistest ja gerade nicht bestanden, als Corona der EU einen Anlass zur Schuldenaufnahme bot.

Scholz will den Regelbruch zur Regel erheben und sich zugleich als gewissenhafter Kassenwart aufspielen. Nach der Wahl schon könnte Deutschland ohne jede Veto-Möglichkeit die EU-Klimapolitik finanzieren. Es ist höchste Zeit, Scholz den Schafspelz auszuziehen. **Wir müssen die Transferunion aufkündigen!**“

<https://www.afd.de/alice-weidel-olaf-scholz-ist-ein-wolf-im-schafspelz/>

PRESSEMITTEILUNGEN vom 14.9.2021

Maas: Erst wollte er Afghanistan keinen Cent geben, jetzt 100 Millionen Euro!

Die Kette der peinlichen Fehl-Einschätzungen durch Außenminister Heiko Maas (SPD) reißt nicht ab. Noch am 12. August tönte Maas angesichts des Afghanistan-Desasters: „Wir werden keinen Cent mehr nach Afghanistan geben, wenn die Taliban komplett übernommen haben, die Scharia einführen und dieses Land ein Kalifat wird.“ Genau das passiert nun – und Heiko Maas verspricht Afghanistan bei der „UN-Geberkonferenz“ 100 Millionen Euro. Außerdem stellte Maas die Zusage „weiterer 500 Millionen Euro“ in Aussicht (zum Vergleich: Für die erste Soforthilfe zur Unterstützung der Fluthilfe hatte die Bundesregierung 200 Millionen Euro lockergemacht).



Auf einmal zeigt Maas sich laut Medienberichten optimistisch, dass das Geld auch unter den Taliban zu den Menschen gebracht werden könne, auch wenn dafür „technische Gespräche“ notwendig seien. Ob bei diesen Gesprächen auch über die Förderung des „Gender Mainstreaming“ gesprochen wird, das in Afghanistan von der Bundesregierung im Zeitraum 2010-2012 mit zwei Millionen Euro unterstützt wurde, geht aus den Medienberichten nicht hervor. Sicher



jedoch ist: Deutschland hat sich mit diesem Außenminister vor der Weltöffentlichkeit zur Lachnummer gemacht – umso wichtiger ist ein Wahlerfolg der AfD, damit unsere Außenpolitik sich wieder an Realismus und an unseren nationalen Interessen orientiert.

<https://afdkompakt.de/2021/09/14/maas-erst-wollte-er-afghanistan-keinen-cent-geben-jetzt-100-millionen-euro/>

Nie wieder Lockdown!

Wie aus einem sogenannten *Geheimpapier* hervorgehen soll, plane die Bundesregierung bereits einen erneuten Lockdown im Herbst. In dem Papier heißt es, es gäbe ein großes Ausfallrisiko für Messen und Ausstellungen aufgrund coronabedingter Beschränkungen. Als Grund werden stark ansteigende Inzidenzen und die stagnierende Impfbereitschaft der Bevölkerung genannt.

Stephan Brandner mahnt an, dass Deutschland sich unter keinen Umständen wieder in einen Lockdown begeben dürfe – schon gar nicht vor dem Hintergrund, dass andere Länder in Europa bereits alle Corona-Maßnahmen beendet hätten.

„Weitere 150 Millionen Euro sollen für Entschädigungen bereitgestellt werden, die aufgrund unsinniger Maßnahmen notwendig werden. Einen Lockdown darf es nie wieder geben: das sind wir den Bürgern in Deutschland und der Wirtschaft schuldig.“

Es scheint als wolle die Bundesregierung mit derartigen Maßnahmen und kruden Begründungen immer mehr Menschen zur Impfung treiben oder gar die Bevölkerung dafür bestrafen, dass die Quote der Impfwilligen in den Augen der Bundesregierung nicht hoch genug ist.

Immer wieder vergessen die Regierenden, dass sie es mit mündigen Erwachsenen, die ihre Entscheidungen gut informiert selbst treffen können, und nicht mit unmündigen Untertanen zu tun haben“, kritisiert Brandner das Vorhaben.

<https://www.afd.de/stephan-brandner-nie-wieder-lockdown/>

Terror-Verharmlosung: WDR deckt islamistische Moderatorin!

Während GEZ-Verweigerer ins Gefängnis gesperrt werden, hofiert der öffentlich-rechtliche



Rundfunk systematisch Linksextremisten und Islamisten! Die beim WDR als „Wissenschafts-Moderatorin“ präsentierte Journalistin Nemi El-Hassan nahm am islamistischen Al-Kuds-Marsch teil, bei dem zur „Vergasung“ von Juden aufgerufen wurde. Außerdem schwadroniert El-Hassan, das Wort „Dschihad“ stehe nicht für Terror, sondern für „freundlich sein“, „arbeiten“ und „geduldig sein“.

Konsequenzen für die Moderatorin? Null.

Der WDR hält El-Hassan weiter die Stange und trägt damit zur Verharmlosung von tatsächlichem Extremismus bei, während die AfD vom Staatsfunk als extremistisch diffamiert wird. Für diesen Propaganda-Funk wollen wir keinen Cent an Zwangs-Abgaben zahlen!

<https://www.facebook.com/alternativefuerde/photos/a.542889462408064/4642268952470074/>



PRESSEMITTEILUNGEN vom 15.9.2021

Grußwort des Bundesvorstands zum „Marsch für das Leben“ 2021

Berlin, 15. September 2021. Am 18. September findet in Berlin zum 16. Mal der [Marsch für das Leben](#) statt. Veranstalter ist der „Bundesverband Lebensrecht“, der sich als Zusammenschluss deutscher Lebensrechtsorganisationen für den Schutz des Lebensrechts jedes Menschen einsetzt – von der Zeugung bis zum natürlichen Tod.

Der Bundesvorstand der Alternative für Deutschland, der das Anliegen des „Bundesverbands Lebensrecht“ teilt, hat zum diesjährigen „Marsch für das Leben“ ein Grußwort verfasst. Dieses lautet wie folgt:

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde des Lebens,

am 4. September 2016 wurde Mutter Teresa von Papst Franziskus heiliggesprochen. Sie hatte sich mit ihrer Arbeit um die Armen, die Kranken und Sterbenden verdient gemacht und dabei wahre Nächstenliebe praktiziert. Für Mutter Teresa war jedes Leben von unschätzbarem Wert. Sie wusste außerdem: „Abtreibung ist Krieg gegen unschuldige, ungeborene Kinder“.

Doch ihre Weisheit droht mehr und mehr in Vergessenheit zu geraten. Jedes Jahr werden allein in Deutschland mindestens 100.000 Schwangerschaften ganz legal aus einer sogenannten „sozialen Indikation“ abgetrieben. Viele werdende Mütter fühlen sich von unserer Gesellschaft offenbar so sehr im Stich gelassen, dass sie nur in der Abtreibung die Lösung ihrer Probleme sehen.

Die AfD ist die einzige Partei im Deutschen Bundestag, die dieser Entwicklung nicht tatenlos zusehen will und sich stattdessen für die Rechte ungeborener Kinder stark macht. Andere Parteien mögen es vergessen haben, aber [Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutz des Staates](#). Das ist das Versprechen unseres Grundgesetzes, das wir hochhalten.

Die anderen Parteien aber ducken sich weg und sehen zu, wie sich die demographische Krise im Land zuspitzt. Sie wollen es sich nicht mit bestimmten Lobbygruppen verderben. Der Staat muss endlich seine familien- und kinderfeindliche Haltung aufgeben und jungen Menschen Perspektiven zur Familiengründung geben, damit schwangere Frauen eine Abtreibung gar nicht mehr in Erwägung ziehen müssen. Wir wollen eine Willkommenskultur für Kinder! Und zwar für alle Kinder!

„Man erkennt den Wert einer Gesellschaft daran, wie sie mit den schwächsten ihrer Glieder verfährt“. Dieser Satz, Gustav Heinemann zugeschrieben, verdeutlicht die Mission des Marsches für das Leben: ob christlich oder weltlich begründet – wir als Gesellschaft müssen die unveräußerliche Würde eines jeden Menschen achten. Das muss auch für die künftige, noch ungeborene Generation gelten. Unser Grundgesetz schreibt fest: „Die Würde des Menschen ist unantastbar“. Das ist unser aller Recht und unser Auftrag. Und deshalb sind Sie heute hier!

Die Alternative für Deutschland steht als Partei allein im Kampf für den Lebensschutz. CDU und CSU, die sich in ihren Parteinamen einst auf christliche Werte verpflichteten, gehen in ihrer Programmatik auf das Thema nicht einmal mehr ein. Und würden wir ihnen ihre Lippenbekenntnisse noch glauben, wenn es anders wäre?



Es ist gut, dass Sie heute hier zusammenkommen, um ein Zeichen zu setzen. Ungeborene Kinder brauchen unseren Schutz, ungeborene Kinder brauchen unsere Politik, ungeborene Kinder brauchen unsere Stimme!

Alle überzeugten Lebensschützer und alle Familien wählen deshalb am 26. September am besten AfD!

Es grüßt Sie in dankbarer Verbundenheit,

Ihr Bundesvorstand der Alternative für Deutschland.

Prof. Dr. Jörg Meuthen, Tino Chrupalla, Dr. Alice Weidel, Stephan Brandner, Beatrix von Storch, Carsten Hütter, Christian Waldheim, Joachim Kuhs, Dr. Sylvia Limmer, Joachim Paul, Jochen Haug, Stephan Protschka, Dr. Alexander Wolf, Joana Cotar

<https://www.afd.de/grusswort-des-bundesvorstands-zum-marsch-fuer-das-leben-2021/>

PRESSEMITTEILUNGEN vom 16.9.2021

Absurde Anbiederung: FDP fordert jährlich 500.000 Zuwanderer! AfD bleibt am 26. September - einzige Alternative!

Sie kennen FDP-Wähler? Sprechen Sie diese darauf an!

Auch im Vorfeld der Bundestagswahl 2021 wird es offensichtlich: Die FDP ist und bleibt der politische Hofnarr der Grünen! Der stellvertretende Vorsitzende der FDP-Bundestagsfraktion, Christian Dürr, fordert eine halbe Million Zuwanderer pro Jahr. Damit will er allen Ernstes die deutschen Renten verbessern sowie „unsere öffentlichen Finanzen stabilisieren und den Schuldenstand reduzieren“. Anstatt sich darauf zu konzentrieren, die ausbleibenden Abschiebungen von hunderttausenden ausreisepflichtigen Ausländern anzuprangern, bietet sich die FDP erneut an das rot-grüne Lager an. Eine Vorbereitung auf eine entsprechende Koalition – so darf man vermuten.



Doch selbst wenn man solche extrem hohen Zuwanderungswellen begrüßen sollte: Es ist reines Wunschdenken der FDP und namentlich von Herrn Dürr, dass man eine halbe Million Zuwanderer mit ausreichender beruflicher Qualifikation gewinnen könnte, um Rente und Staatshaushalt aufzupäppeln. Nach Deutschland wollen wegen des üppigen sozialen Netzes vor allem Armutsmigranten aus Afrika und dem Nahen Osten. Beruflich qualifizierte Einwanderer, die uns wirtschaftlich nützen könnten, wollen wegen der hohen Steuern sowie der massiven Bürokratie und der sozialdemokratischen Mangelwirtschaft nicht in ein ökonomisches Verliererland wie Deutschland einreisen. Stattdessen findet eine Negativ-Spirale statt: Die beruflichen Verlierer und Trümmergestalten inklusive Islamisten und Clan-Kriminellen wandern ein, die Klugen und Qualifizierten wandern aus. Dafür ist auch die FDP massiv mitverantwortlich, denn ihre vollmundig angekündigten Steuer-Versprechungen hat sie in ihrer Regierungszeit nie umgesetzt.



Wer aber der eigenen Bevölkerung nicht mehr zutraut, aus eigener Kraft das Renten- und Sozialsystem zu finanzieren, sondern Zuwanderer als die letzte rettende Stütze begreift, der hat Deutschland und die Deutschen aufgegeben. Im Unterschied zur FDP steht für die AfD fest: Wir müssen unsere wirtschaftlichen und sozialen Probleme SELBST beheben. Wir müssen das Rentensystem mit einer aktiven Familienförderung zukunftsfähig machen, die Steuer- und Abgabenlasten senken und für eine exzellente und international konkurrenzfähige Bildungs- und Hochschulpolitik sorgen. DAS sind die Baustellen, die uns im Gegensatz zu den utopischen Gedankenspielen des Herrn Dürr täglich beschäftigen müssen!

Am 26. September - AfD wählen!

<https://www.facebook.com/alternativefuerde/photos/a.542889462408064/4649153755114927/>

AfD vertritt die Interessen der Arbeiter besser als die IG Metall

Im Interview mit der Bild-Zeitung warnt der Erste Vorsitzende der IG Metall Jörg Hofmann vor dem Verlust Tausender Arbeitsplätze durch die Klimapolitik und klagt, im Wahlkampf würden „die wirklich wichtigen Dinge“ nicht angesprochen.

Dazu erklärt Tino Chrupalla, Bundessprecher und Spitzenkandidat für die Bundestagswahl:

„Was Herr Hofmann sagt, ist falsch und irreführend. Ein Schwerpunkt unseres Wahlkampfs besteht darin, die **Stellen der Industriearbeiter vor dem Vernichtungsfeldzug einer unvernünftigen Klimapolitik zu schützen.**

Wenn seine Gewerkschaft unsere Veranstaltungen besuchen würde, anstatt dagegen zu demonstrieren, wäre sie über unser Wahlprogramm informiert. Sogar jetzt macht sich Herr Hofmann nicht ehrlich. Er tut so, als ließe sich die Mobilitätswende in der jetzigen Form durchführen, ohne dass der Industriestandort Deutschland in schwere Mitleidenschaft gezogen wird. Das ist falsch.

Die Alternative für Deutschland vertritt die Interessen deutscher Arbeiter besser als die IG Metall. Wir sind für den **Fortbestand des Verbrennungsmotors** und für ein **freies Renteneintrittsalter**. Wer hart arbeitet, muss auch früher in Rente gehen können.“

<https://www.afd.de/tino-chrupalla-afd-vertritt-die-interessen-der-arbeiter-besser-als-die-ig-metall/>



Neues von der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag

PRESSEMITTEILUNGEN vom 13.9.2021

Gauck ist leider nur noch ein Hetzer und Spalter

Bei einer Tagung für Lehrer in Rostock am 11. September 2021 äußerte Medienberichten zufolge der ehemalige Bundespräsident Joachim Gauck: „Dann ist ja auch schrecklich, dass wir in einem Land leben, in dem nicht nur Bildungswillige leben, sondern auch hinreichende Zahlen von Bekloppten.“

Diese Worte richtete Gauck an jene Personen, die eine Impfung gegen das Coronavirus aus unterschiedlichen Gründen kritisch sehen.

Stephan Brandner, Justiziar der AfD-Bundestagsfraktion, ist entsetzt über Gaucks Aussage, die nicht nur die deutsche Bevölkerung spalte sondern auch an Hetze kaum zu übertreffen sei:

„Die AfD-Bundestagsfraktion sieht die Stellung des Bundespräsidenten schon lange skeptisch. Auch der amtierende Bundespräsident Steinmeier fällt immer wieder dadurch auf, dass er einzelne Gesellschaftsgruppen diffamiert und keinesfalls das deutsche Volk zusammenhält, sondern immer weiter auseinander treibt.

Gauck wie auch Steinmeier sind beste Beispiele dafür, dass Deutschland auch ganz ohne Bundespräsidenten auskommen würde. Gaucks erbärmliche Entgleisung und der Angriff auf fast die Hälfte der deutschen Bevölkerung sind absolut inakzeptabel. Wer auf so billige Art das Volk spaltet und gegen Menschen hetzt, die plausible Gründe haben, sich nicht impfen zu lassen, verliert jeden Anspruch auf einen Ehrensold und weitere Vorzüge, die von den ‚Bekloppten‘ mit hart erarbeiteten Steuergeldern finanziert werden. Auch deshalb fordern wir eine Neuordnung der Ruhebezüge der ehemaligen Bundespräsidenten (Drs. [19/5490](#)).“

<https://afdbundestag.de/brandner-gauck-ist-leider-nur-noch-ein-hetzer-und-spalter/>

Kohle wichtigster Energieträger – Bundesregierung sägt Ast ab

Mehr als die Hälfte der Stromproduktion im ersten Halbjahr 2021 basierte auf konventionellen Energieträgern. Kohle hatte dabei mit 27,1 Prozent den größten Anteil. Das berichtet das Statistische Bundesamt.

Dazu sagt der wirtschafts- und energiepolitische Sprecher der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag, Steffen Kotré:

„Die Bundesregierung sägt den Ast ab, auf dem wir sitzen. Der weltweit einmalige, gleichzeitige Ausstieg aus Kohleverstromung und Kernenergie ist verantwortungslos. Bis heute gibt es viele Pläne und Konzepte, aber noch keinen funktionierenden Ersatz für diese bewährten Energieträger.



Wer unbedingt CO2 einsparen will, müsste auf moderne und sichere, CO2-neutrale Kernenergie setzen, wie es unsere Nachbarländer auch tun.“

<https://afdbundestag.de/kotre-kohle-wichtigster-energietraeger-bundesregierung-saegt-ast-ab/>

PRESSEMITTEILUNGEN vom 14.9.2021

Söder, lass unsere Kinder in Ruhe!

AfD-Fraktionsvize Peter Felser hat sich gegen Pläne von CSU-Chef Markus Söder gestellt, noch mehr Corona-Kontrollen einzuführen:

„Söder, lass unsere Kinder in Ruhe! Während andere Staaten zur Normalität zurückkehren, kann die Union ihre Finger nicht von immer neuen Corona-Regeln lassen. Jetzt sollen in den Kindergärten Lolli-Tests eingeführt werden. Schluss mit diesem Unsinn! Kinder werden so noch mehr verunsichert. Angst aber ist kein guter Lehrmeister für das Leben.“

Die AfD-Fraktion bekräftigt ihre Forderung, endlich alle coronabedingten Verbote und Restriktionen zu beenden. Anderswo funktioniert das auch.“

<https://afdbundestag.de/felser-soeder-lass-unsere-kinder-in-ruhe/>

Den Westbalkan in die EU aufzunehmen, wäre der ultimative Beweis für das Scheitern der EU

Bundeskanzlerin Merkel reist auf den Westbalkan, um ein letztes Mal die Regierungschefs jener sechs Länder zu treffen, die mit Deutschlands Unterstützung auf einen EU-Beitritt hoffen: Serbien, Montenegro, Nordmazedonien, Albanien, Kosovo und Bosnien-Herzegowina.

Die stellvertretende Vorsitzende der AfD-Bundestagsfraktion, Beatrix von Storch, erklärt dazu:

„Die Transfer-EU wird mit der von Merkel geplanten und von ihrem Nachfolger dann vollzogenen Beitritt der Westbalkanstaaten einen neuen, dramatischen Höhepunkt erreichen: zulasten Deutschlands, zulasten der deutschen Steuerzahler, Sparer und Rentner.“

Die Dramatik eines EU-Beitritts der Westbalkanstaaten wird angesichts der jüngst erhobenen Forderung von Olaf Scholz besonders sichtbar, der das Mehrheitsprinzip in der EU einführen will. In Zukunft sollen Beschlüsse über die Finanz- und Außenpolitik mit einer sogenannten qualifizierten Mehrheit gefällt werden, ‚statt uns mit Einstimmigkeit gegenseitig zu blockieren‘, wie der Genosse Kanzlerkandidat in der ‚Welt am Sonntag‘ sagte.

Das bedeutet: Deutschland hört auf, als selbstständiger Nationalstaat zu existieren. Mit einer Mehrheit in der EU können die Süd- und Westbalkanstaaten Deutschland regieren, hemmungslos ausplündern – was auch immer ihnen beliebt. Darum brauchen wir anstelle der gescheiterten EU eine Wirtschafts- und Interessensgemeinschaft starker Nationalstaaten: Das ist im Interesse Deutschlands.“

<https://afdbundestag.de/beatrix-von-storch-den-westbalkan-in-die-eu-aufzunehmen-waere-der-ultimative-beweis-fuer-das-scheitern-der-eu/>



Aufweichung des EU- Stabilitätspakts wird die Währungsunion zerstören

Der Stabilitäts- und Wachstumspakt der EU erlaubt den Mitgliedstaaten maximal einen jährlichen Fehlbetrag von drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts und Staatsschulden von höchstens 60 Prozent der jährlichen Wirtschaftsleistung. Die Sanktionsregeln für das Überschreiten der Staatsverschuldung wurden zuletzt durch die so genannte allgemeine Ausweichklausel bis Ende 2022 ausgesetzt, um den Staaten erforderliche Maßnahmen zur Abfederung der negativen Folgen der Corona-Pandemie zu ermöglichen. Deutschland hatte 2020 eine Staatsverschuldung von 70, Frankreich von 116, Italien von 160 und Griechenland von 207 Prozent.

Am Freitag stellten der französische Finanzminister Le Maire sowie die spanische Finanzministerin Calviño die Regeln gegen übermäßiges Schuldenmachen auf einem Treffen der EU-Finanzminister in Frage, indem sie eine „Vereinfachung der Regeln und ihre Anpassung an die Realität“ forderten. Diskutiert wird auch ein Papier des EU-Thinktanks Bruegel, das eine Ausnahmeklausel von den Schuldenregeln für Investitionen in den „Klimaschutz“ vorschlägt.

Daraufhin forderten Österreich, die Niederlande, Schweden, Dänemark, Tschechien, die Slowakei, Finnland und Lettland, dass der „Abbau exzessiver Schulden“ ein gemeinsames Ziel in der EU bleiben müsse.

Dies kommentiert der finanzpolitische Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, Albrecht Glaser:

„Das Anliegen der französischen und spanischen Finanzminister zeigt, dass sie als Speerspitzen der Hochschuldenländer, nicht gewillt sind, eine vertragskonforme und seriöse Haushaltspolitik zu betreiben. Die Schuldenregeln sollen nun für angeblich grüne Investitionen sowie zur Abfederung der Pandemiefolgen aufgegeben werden, was einem Blankoscheck für weitere Schuldenorgien gleichkommt.

Selbst der Rekord-Schuldenberg des so genannten Corona-Wiederaufbaufonds der EU wird nicht ausreichen, um das Versagen der EZB-Nullzinspolitik, welche die Hochschuldenländer einseitig begünstigt, abzuwenden. Die Hochschuldenländer haben sich durch den Euro des Wechselkursventils beraubt, um dafür an den niedrigen Zinsen und der entsprechenden Verschuldungsfähigkeit der stabilitätsorientierten Länder teilhaben zu können. Sie erweisen sich jedoch Jahr für Jahr unfähig, die Bedingungen für diese Stabilität herzustellen. Sie sehen das Allmende-Gut Euro als Geschenk an, für das sie keinen Beitrag leisten müssen.

Der Weg in die Transfer- und Schuldenunion, welche die sparsamen Bürger der stabilitätsorientierten Länder schleichend enteignet, ist vorgezeichnet. Die verzweifelten Versuche der Hochschuldenländer, den Weg zur Vergemeinschaftung der Staatsschulden zu ebnen, stößt auf Gegenwehr aus dem Lager der sparsamen Länder – vorerst jedoch noch ohne die Beteiligung Deutschlands. Olaf Scholz ist es angesichts der nahenden Bundestagswahl offenbar wichtiger, die Koalitionsfähigkeit der SPD mit den fiskalpolitisch völlig unverantwortlichen Linken oder Grünen zu erhalten.

Die AfD-Fraktion fordert die Bundesregierung auf, Verantwortung für den Erhalt des harterarbeiteten Wohlstandes unserer sparsamen Nachbarn sowie der deutschen Steuerzahler zu übernehmen, sich den Forderungen der Sparsamen anzuschließen und sich auch endlich dem mit der deutschen Verfassungsidentität nicht vereinbaren EU-Schuldengebaren und den EZB-EU-Rechtsverletzungen entgegenzustellen.



Ideologisch getriebene Forderungen, Investitionen in Klimaschutz und Digitalisierung aus den Schuldenregeln auszuschließen, wie zuletzt vom EU-Thinktank Bruegel vorgeschlagen, sind organisierte Verantwortungslosigkeit, deren Umsetzung die EU weiter spalten würde.“

<https://afdbundestag.de/glaser-aufweichung-des-eu-stabilitaetspakts-wird-die-waehrungsunion-zerstoeren/>

Endlich schließen sich andere Abgeordnete der Israel-Politik der AfD-Fraktion an

Zu dem Brief von mehr als 300 Parlamentariern aus verschiedenen Ländern, in dem diese die „unaufhörliche, unverhältnismäßige und ritualisierte Verurteilung“ Israels durch die Vereinten Nationen verurteilen und eine Gleichberechtigung des jüdischen Staates fordern, teilt der menschenrechtspolitische Sprecher der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag, Jürgen Braun, mit:

„Das deutliche Zeichen, das die mehr als 300 Abgeordneten mit ihrem Brief gegen die ständige Verurteilung und Diskriminierung durch die Vereinten Nationen gesetzt haben, ist sehr zu begrüßen und stimmt hoffnungsvoll. Die AfD-Fraktion hat in der Vergangenheit immer wieder ein Ende dieser Praxis gefordert und dabei vor allem eindringlich an die Bundesregierung und Außenminister Heiko Maas appelliert, in den Vereinten Nationen nicht mehr mit den Feinden Israel zu stimmen. Bereits 2018 habe ich der Bundeskanzlerin im Bundestag vorgehalten, dass sie 2018 insgesamt 16 mal und 2019 ebenfalls 14 mal gegen Israel stimmen ließ. Ich habe sie gefragt, wie lange sie ihren israelfeindlichen Kurs beibehalten möchte. Sie antwortete nur mit ausweichenden Lippenbekenntnissen, konnte aber die Anti-Israel-Politik ihrer Regierung nicht bestreiten.

Ich hoffe daher, dass diese Initiative die Bundesregierung aufrüttelt und sie ihren Lippenbekenntnissen zu Israel in den Vereinten Nationen endlich Taten folgen lässt und sich insbesondere dafür starkmacht, dass der diskriminierende permanente Tagesordnungspunkt zu Israel endlich verschwindet.“

<https://afdbundestag.de/braun-endlich-schliessen-sich-andere-abgeordnete-der-israel-politik-der-afd-fraktion-an/>

PRESSEMITTEILUNGEN vom 15.9.2021

AfD-Fraktion geht juristisch gegen Berichterstattung der Tagesschau vor

Die AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag geht juristisch gegen die irreführende Berichterstattung der Tagesschau über die Abstimmung des Deutschen Bundestages zur Fluthilfe vor. Die Tagesschau hatte am 7. September in ihrer 20-Uhr-Ausgabe behauptet, dass alle Fraktionen bis auf die AfD-Fraktion dem Fluthilfefonds zur Bewältigung der Hochwasserkatastrophe zugestimmt hätten.

Diese Darstellung entspricht nicht dem tatsächlichen Verlauf der Sitzung, da die Fluthilfe zuvor vom Plenum einstimmig, also auch mit den Stimmen der AfD-Fraktion, angenommen worden war. Allerdings hatte die Bundesregierung die Abstimmung über den Wiederaufbaufonds durch ein sogenanntes Omnibusverfahren mit Änderungen zum Infektionsschutzgesetz verbunden. Nachdem auf Antrag der AfD-Fraktion über die beiden Gesetzesteile einzeln abgestimmt worden war, enthielten sich die AfD-Abgeordneten bei der Schlussabstimmung, da hier eine Zustimmung



zu der von der Fraktion unterstützten Fluthilfe nicht ohne eine Zustimmung zu der von der Fraktion abgelehnten Änderung des Infektionsschutzgesetzes möglich war.

Die AfD-Fraktion im Bundestag verlangt von der Tagesschau, die Behauptung, die Fraktion habe der Fluthilfe nicht zugestimmt, richtigzustellen und nicht weiter zu verbreiten.

Dazu teilen die Vorsitzenden der AfD-Fraktion, Alice Weidel und Alexander Gauland, mit:

„Der von der Tagesschau vermittelte Eindruck, die AfD-Fraktion habe im Bundestag der Fluthilfe ‚nicht zugestimmt‘, ist nachweislich falsch.

Wir erwarten gerade von einem öffentlich-rechtlichen Sender, dass dieser seinen Zuschauern auch komplexe Sachverhalte, die mehr als einen Satz zur Erklärung benötigen, bei aller gebotenen Kürze ohne irreführende Verkürzungen oder Weglassungen vermittelt. Das gebietet die journalistische Sorgfaltspflicht.

Es ist völlig unverständlich, warum die Tagesschau die Auseinandersetzung um das umstrittene Omnibusverfahren, die entscheidend für das Verständnis des Abstimmungsverhaltens ist, mit keiner Silbe erwähnt, sondern stattdessen den falschen Eindruck vermittelt, die AfD-Fraktion habe der Fluthilfe nicht zugestimmt.

Diese irreführende Berichterstattung der Tagesschau ist für uns nicht akzeptabel.“

<https://afdbundestag.de/weidel-gauland-afd-fraktion-geht-juristisch-gegen-berichterstattung-der-tagesschau-vor/>

„2G“-Überbietungswettbewerb der Länder ist übergriffiger Aktionismus

Reihum beschließen die Bundesländer „2G“-Regelungen, die Gastronomen und Veranstaltern den Ausschluss nicht gegen das Coronavirus geimpfter Personen ermöglichen. Dazu erklärt die Fraktionsvorsitzende der AfD im Deutschen Bundestag Alice Weidel:



„Der Überbietungswettbewerb der Bundesländer um die strengste ‚2G‘-Regel ist absurder und sinnloser Aktionismus. Berlin schießt den Vogel ab mit einer Regel, die darauf abzielt, auch Kinder, die gar nicht geimpft werden können, und damit auch deren Eltern und Familien pauschal vom öffentlichen Leben auszuschließen.

Es ist einerlei, ob Dummheit, Unfähigkeit oder Bosheit dabei die Feder geführt hat: Die permanenten Versuche der Exekutive, die Gesellschaft zu spalten, indem Geimpfte gegen Ungeimpfte ausgespielt und aufgehetzt werden, sind nicht hinnehmbar. Die hysterische Stimmungsmache gegen Menschen, die sich nicht impfen lassen wollen oder können, soll offenkundig die eigene Ratlosigkeit in der Sackgasse einer verfehlten Corona-Maßnahmen-Politik übertönen.

Die Politik hat die Bürger nicht wie unmündige Untertanen zu nötigen und herumzukommandieren, sondern die persönliche Entscheidung für oder gegen einen medizinischen Eingriff zu respektieren. Wir werden uns gegen diese fortgesetzten Übergriffe gegen die Grundrechte der Bürger mit allen geeigneten juristischen Mitteln zur Wehr setzen.“



<https://afdbundestag.de/alice-weidel-2g-ueberbietungswettbewerb-der-laender-ist-uebergriffiger-aktionismus/>

Bundesregierung erhält Milliarden für Kinderimpfung

Der Haushaltsausschuss des Bundestags hat heute gegen die Stimmen der AfD-Fraktion weitere 2,1 Milliarden Euro zur Finanzierung der Impfkampagne der Bundesregierung bewilligt. Alle anderen Fraktionen stimmten dem Vorhaben zu. Mit diesen Mitteln soll unter anderem die Impfung von Kindern und Jugendlichen finanziert werden.

Der haushaltspolitische Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, Peter Boehringer, kommentiert wie folgt:

„Trotz aller guten Gegenargumente setzt die Bundesregierung ihre Impfkampagne fort. Mit weiteren 2,1 Milliarden Euro sollen nun Kinderimpfungen sowie Auffrischimpfungen und Kreuzimpfungen finanziert werden. Wieso die Bundesregierung Mittel in dieser Höhe benötigt, bleibt unklar. Immerhin hatte Jens Spahn bereits zuvor 317 Millionen Impfdosen bestellt. Damit kann man in Deutschland jeden bisher Geimpften sechs Mal impfen. Nicht auszuschließen ist, dass mit den neuen Mitteln auch Impfkampagnen im Ausland querfinanziert werden. Laut Medienberichten plant Deutschland, 100 Millionen Impfdosen im Wert von circa zwei Milliarden Euro für eine internationale Impfkampagne zu spenden.“

Die von der Bundesregierung forcierte Kinderimpfung ist und bleibt ein verantwortungsloser Akt. Das Risiko für Kinder und Jugendliche, schwer an Corona zu erkranken, ist effektiv nicht gegeben. Seit Beginn der sogenannten Pandemie sind 0,00016 Prozent der Kinder und Jugendlichen in Deutschland an oder mit Corona verstorben. Die möglichen Nebenwirkungen einer solchen Impfung stehen also in keinem Verhältnis zum möglichen Nutzen. Das hat auch die STIKO so gesehen, bis sie unter dem politischen Druck der Bundesregierung eingeknickt und seitdem zum Komplizen bei diesen Experimenten an Kindern geworden ist. Der Schutz der Kinder muss immer an oberster Stelle stehen. Die Bundesregierung hat dies längst vergessen.“

<https://afdbundestag.de/boehringer-bundesregierung-erhaelt-milliarden-fuer-kinderimpfung/>

PRESSEMITTEILUNGEN vom 16.9.2021

Deutsche Zuwanderungspolitik ist staatlich organisierte Lohndrückerei

Wie die Neue Osnabrücker Zeitung (NOZ) heute unter Bezugnahme auf eine Anfrage der AfD-Bundestagsfraktion berichtet, haben Beschäftigte ohne deutsche Staatsangehörigkeit im Schnitt deutlich schlechtere Löhne. Besonders stark trifft das auf Menschen aus EU-Ländern zu. Vollzeitbeschäftigte, die keinen deutschen Pass haben, verdienen demnach Ende 2020 durchschnittlich 903 Euro weniger als jene mit deutschem Pass. 2010 lag der Unterschied noch bei 317 Euro. Besonders stark wuchs der Lohnunterschied zwischen Beschäftigten aus Deutschland und solchen aus dem EU-Ausland: Dieser Abstand hat sich innerhalb des letzten Jahrzehnts von 91 Euro auf 1003 Euro mehr als verzehnfacht. Flüchtlinge verdienen trotz Vollzeitjob sogar 1.420 Euro weniger im Monat als deutsche Beschäftigte. <https://www.noz.de/deutschland-welt/politik/artikel/2420831/auslaendische-arbeitnehmer-verdienen-900-euro-weniger-als-deutsche>



Dazu sagt der arbeits- und sozialpolitische Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, René Springer:

„Die Freizügigkeit in der EU und die Einwanderungspolitik der Bundesregierung drücken massiv auf die Löhne. Bei Lohnunterschieden von bis zu 1.400 Euro im Monat zwischen deutschen und ausländischen Beschäftigten muss man von staatlich organisierter Lohndrückerei sprechen. Diese neoliberale Politik zulasten der hier Beschäftigten lehnen wir als AfD-Fraktion ab. Einwanderung darf nicht zu Lohndumping führen.“

<https://afdbundestag.de/springer-deutsche-zuwanderungspolitik-ist-staatlich-organisierte-lohndrueckerei/>

Möglicher Bundeswehr-Abzug aus Mali längst überfällig

Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU) hat den Bundeswehreinsatz in Mali in Frage gestellt, sollten sich Berichte über die Zusammenarbeit der malischen Regierung mit der russischen Söldnergruppe Wagner bestätigen. Die AfD-Bundestagsfraktion hat den mittlerweile achtjährigen Mali-Einsatz immer abgelehnt. Der verteidigungspolitische Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, Rüdiger Lucassen, kündigt die Zustimmung zum Abzug im Bundestag an:

„Das katastrophale Scheitern in Afghanistan zwingt das Bundesministerium der Verteidigung nun endlich auch zum Überdenken der anderen Mandate. Fatalerweise hechelt die Bundesregierung immer der Lage hinterher. Weder am Hindukusch, noch in der Sahelzone verfolgte die Bundesregierung eine erkennbare Strategie im deutschen Interesse. Die Kooperation der malischen Putsch-Regierung mit russischen Söldnern ist dabei nur eine Randnotiz. Die AfD-Bundestagsfraktion wird den längst überfälligen Abzug der Bundeswehr aus Mali selbstverständlich unterstützen. Sinn- und planlose Auslandseinsätze der Bundeswehr darf es in Zukunft nicht mehr geben.“

<https://afdbundestag.de/lucassen-moeglicher-bundeswehr-abzug-aus-mali-laengst-ueberfaellig/>

AfD-Fraktion begrüßt Verständigung zwischen Gewerkschaft der Lokführer (GDL) und Deutscher Bahn

Der stellvertretende verkehrspolitische Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion und Berichterstatter Eisenbahn, Wolfgang Wiehle, begrüßt die Einigung im Tarifstreit bei der Bahn:

„Für hunderttausende Menschen in Deutschland ist eine funktionierende Bahn wichtig für die tägliche Lebensplanung. Jede der drei Streikwellen führte für viele zu schweren Belastungen, die nun glücklicherweise vorüber sind. Auch Unternehmen, deren Lieferketten betroffen waren, können aufatmen.“

Eine Hauptschuld für die Streiks trägt der DB-Vorstand, der das vom SPD-geführten Arbeitsministerium durchgesetzte Tarifeinheitsgesetz missbrauchen wollte, um eine kleinere Spartengewerkschaft zu verdrängen. Auf die personellen Verbindungen von SPD und der Konkurrenzgewerkschaft EVG ist mehrfach hingewiesen worden. Die GDL musste sich gegen ihre Vernichtung durch ein Bündnis aus Management und konkurrierender Gewerkschaft zwangsläufig zur Wehr setzen.

Zwar erscheint es wie ein Treppenwitz, dass die von der GDL durchgesetzten Erfolge nun auch EVG-Mitgliedern zugutekommen werden. Für die Bahnpolitik in Deutschland ist aber wichtig, dass die Existenz einer zweiten, unabhängigen Gewerkschaft mit diesem Tarifabschluss gesichert



werden konnte. Für die Zukunft müssen bei der Bahn alle Versuche unterlassen werden, einer einzelnen Gewerkschaft ein Vertretungsmonopol für die gesamte Belegschaft zu verschaffen.“
<https://afdbundestag.de/wiehle-afd-fraktion-begruesst-verstaendigung-zwischen-gewerkschaft-der-lokfuehrer-gdl-und-deutscher-bahn/>

Video-Empfehlungen

Wahlwerbespots der Alternative für Deutschland in Funk und Fernsehen

<https://www.afd.de/wahlspots/>

Generation MUT - Eine Generation zeigt sich!

<https://generationmut.de/>

Großartige Rede von Björn Höcke auf der Pegida-Veranstaltung in Dresden am 13.09.2021 | BTW21

<https://www.youtube.com/watch?v=V54JQxT2ydg>

Kanal der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag

Alle Videos der Fraktion finden Sie hier:

<https://www.youtube.com/channel/UCVXqMg5NOK5z8dwtzqRcMNq/videos>

Kanal der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag

Alle Videos der Fraktion finden Sie hier:

https://www.youtube.com/channel/UC_dZp8bZipnjntBGLVHm6rw/videos

Kanal von AfD Kompakt TV

Wochenendpodcast der AfD

<https://afdkompakt.de/podcast/>

AfD im EU-Parlament

Alle Videos der AfD-Fraktion im EU-Parlament finden Sie hier:

<https://www.youtube.com/c/AfDimEUParlament/videos>



Meldungen aus Deutschland und der Welt

Vermischtes aus Deutschland und der Welt

Mehr Diversität: Englisches Opernensemble entläßt weiße Musiker

<https://jungefreiheit.de/politik/ausland/2021/mehr-diversitaet-englisches-opernensemble-entlaesst-weisse-musiker/>

Nach Islamismusvorwürfen: WDR setzt Zusammenarbeit mit Moderatorin El-Hassan aus

<https://jungefreiheit.de/kultur/medien/2021/nach-islamismusvorwuerfen-wdr-setzt-zusammenarbeit-mit-el-hassan-vorerst-aus/>

Prominente rufen zur Wahlbeeinflussung der Großeltern auf

<https://jungefreiheit.de/politik/deutschland/2021/prominente-rufen-zur-wahlbeeinflussung-auf/>

Islamische Terrorwelle und Migration – keine Wahlkampfthemen

<https://kopp-report.de/islamische-terrorwelle-und-migration-keine-wahlkampfthemen/>

Informationen zum Coronavirus

Robert Koch-Institut: COVID-19-Dashboard

<https://experience.arcgis.com/experience/478220a4c454480e823b17327b2bf1d4>

Johns Hopkins Universität: COVID-19-Dashboard

<https://gisanddata.maps.arcgis.com/apps/opsdashboard/index.html?fbclid=IwAR1YrifY296A08qQRaG58QD1QjNtpCUDVQJ2eC0qMURm1WtQkUJQQ9Hjx2Gg#/bda7594740fd40299423467b48e9ecf6>

Aktuelle Belegungssituation intensivmedizinischer Bereiche der Krankenhaus-Standorte Deutschlands

<https://www.intensivregister.de/#/intensivregister?tab=kartenansicht>

Schweden beendet faktisch die Pandemie

https://www.achgut.com/artikel/schweden_beendet_faktisch_die_pandemie_f

Inzwischen 72 Fälle: immer mehr Infizierte nach 2-G-Party in Münster

<https://www.rnd.de/panorama/2g-party-muenster-inzwischen-72-faelle-7GRNIPZYP62I2LNTVVE5YUGWGM.html>

Tote Ärzte, tote Mütter: Warum fallen so viele Menschen plötzlich tot um?

<https://www.wochenblick.at/tote-aerzte-tote-muetter-warum-fallen-so-viele-menschen-ploetzlich-tot-um/>

"Impfdruck" – ORF-Star Eva Herzig nimmt Kinder aus Schule

<https://www.heute.at/s/impfdruck-orf-star-eva-herzig-nimmt-kinder-aus-schule-100162448>



Corona-Infos für Sachsen

Sächsische Corona-Schutz-Verordnung

<https://www.coronavirus.sachsen.de/amtliche-bekanntmachungen.html>

Corona-Schutz-Verordnungen und Informationen für den Landkreis Bautzen

<https://www.landkreis-bautzen.de/corona-pandemie-im-landkreis-bautzen.php>

Corona-Statistik Landkreis Bautzen

https://www.google.com/maps/d/viewer?mid=1bMZYK_32xIQP_b-kkGdeBijXTmn-qkAt&ll=51.2527260461296%2C14.289679554517463&z=9

Bautzens Impfquote ist miserabel, aber die Corona-Inzidenz super – wie geht das?

<https://www.stern.de/gesundheit/bautzens-impfquote-ist-miserabel--aber-die-inzidenz-super---wie-geht-das--30732994.html>

FAQ Corona-Schutzmaßnahmen zum Schuljahresstart

<https://www.bildung.sachsen.de/blog/index.php/2021/09/03/faq-corona-schutzmassnahmen-zum-schuljahresstart/>

Unschöne Nachrichten ... aus der Kategorie „Bereicherung“

ZWEI FRAUEN ERMORDET: BETRUNKENER 28-JÄHRIGER SOFORT FESTGENOMMEN

<https://www.tag24.de/justiz/mord/zwei-frauen-ermordet-betrunkener-28-jaehriger-sofort-festgenommen-2120157>

Vater (54) würgt, stößt und tritt 11-Jährigen auf Schulhof

<https://www.bz-berlin.de/berlin/pankow/vater-54-wuergt-stoesst-und-tritt-11-jaehrigen-auf-schulhof>

Innenministerium sagt Aufnahme von rund 2600 Afghanen plus Familie zu

<https://www.rnd.de/politik/afghanistan-deutschland-nimmt-rund-2600-gefaehrdete-menschen-plus-familien-auf-ohne-asylantrag-P3Z3DT74C5TTB3OZCLPY3BFV3A.html#Echobox=1631687371>

Getötete Jugendliche in Großröhrsdorf: Fahndung nach Täter läuft „auf Hochtouren“

<https://www.lvz.de/Leipzig/Polizeiticker/Jugendliche-in-Grossroehrsdorf-getoetet-Fahndung-nach-Taeter-laeuft-Zeugen-gesucht>

Terror-Alarm! Wollte ER eine Synagoge sprengen?

<https://www.bild.de/regional/ruhrgebiet/ruhrgebiet-aktuell/polizei-einsatz-in-hagen-offenbar-anschlags-drohung-gegen-synagoge-77688960.bild.html>

Irakische Familie in Gewahrsam genommen

https://lausitznews.de/artikel/irakische-familie-in-gewahrsam-genommen_13772.html

Fakten in Bildern

**Masken helfen aber die Zahlen steigen.
Lockdowns helfen aber die Zahlen steigen!**

Impfen hilft aber die Zahlen steigen!

Testen hilft aber die Zahlen steigen!

Am Ende sitzt ihr geimpft, getestet und mit Masken im Lockdown aber die Zahlen steigen!

Corona kann in Restaurants ausschließlich „STEHENDE/LAUFENDE PERSONEN“ infizieren!





Achtung Satire!

.. ernste Dinge mit einem kleinen Augenzwinkern betrachtet, denn das Lachen lassen wir uns niemals verbieten!





Kommunalmandate im KV Bautzen

Alle gewählten Mandatsträger des Kreisverbandes Bautzen finden Sie unter:

<http://www.afdbautzen.de/kommunalpolitik/>

PRESSE-ARCHIV

<http://www.afdbautzen.de/pressearbeit/blaue-post-bautzen/>

<http://www.afdbautzen.de/pressearbeit/blauer-rundbrief/>

SPENDENKONTO

AfD Kreisverband Bautzen
IBAN: DE 1685 0503 0002 2578 5552
BIC: OSDDDE81XXX
Ostsächsische Sparkasse

Entscheiden Sie selbst, ob ein Teil Ihrer Steuern besser als Spende beim Verein oder der Partei Ihrer Wahl aufgehoben ist oder beim Bundesfinanzminister!

VIEL SPAß BEIM LESEN UND VERBREITEN!

KONTAKT:

Büro Bautzen
Karl-Marx-Str. 15
02625 Bautzen
03591-5328336
Montag – Freitag
10.00-18.00 Uhr

Büro Hoyerswerda
Friedrichsstr. 9
02977 Hoyerswerda
03571-2096287
Montag: Geschlossen
Di/Mi: 9.00-16.00 Uhr
Do/Fr: 10.00-18.00 Uhr

Büro Kamenz
Klosterstr. 4
03578-7889108
Montag 12.00-18.00 Uhr
Dienstag 10.00-18.00 Uhr
Mittwoch 12.00-18.00 Uhr
Donnerstag 8.00-18.00 Uhr
Freitag 8.00-13.00 Uhr

www.afdbautzen.de
info@afdbautzen.de



AfD-Kreisverband Bautzen